

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

in den letzten Ausgaben haben die Themen Energiesicherheit und Energieversorgung wichtige Rollen gespielt. Auch in dieser Ausgabe und vermutlich auch in den nächsten werden diese Themen eine prominente Position einnehmen. Wir stehen hier in Deutschland vor immensen Herausforderungen. Als zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss bereiten mir diese Entwicklungen und die bisherigen Ansätze der Ampel-Regierung große Sorgen.

Die kurzfristige Übersendung der Änderungsanträge für das Paket an Energiegesetzen durch die Ampel an die Oppositionsparteien ist in doppelter Hinsicht unverantwortlich: Nicht nur, dass dadurch wenig Zeit blieb, um angemessen inhaltlich zu reagieren, sondern auch die demokratisch zentrale Arbeit der Opposition wurde damit untergraben. Ob bewusst oder unbewusst – ein derartiges Verhalten ist dieser Situation nicht angemessen.

Zur Energielage treten eine galoppierende Inflation und eine Rezession hinzu. Auch hier konnte die Regierung unter Olaf Scholz mit Finanzminister Christian Lindner bislang nicht die dringend benötigten Antworten liefern. Stattdessen möchten einige in den Abgeordnetenreihen der SPD und Grünen auch weiterhin ihre finanziell schwerwiegenden Träume umsetzen. Verantwortungsbewusstsein vor allem gegenüber zukünftigen Generationen sieht anders aus. Dazu später im Newsletter weitere Details.

Neben diesen Themen gab es diese Woche aber natürlich auch Erfreuliches. Dazu gehören mein Treffen mit Mitgliedern des türkischen Petitionsausschusses, der Besuch von Schülern der Berufsbildenden Schulen Osterholz-Scharmbeck und natürlich, dass ich es ganzen 350 Schülern ermöglichen konnte, an der diesjährigen IdeenExpo teilnehmen. Dass der neue Minister des Wirtschafts- und Klimaministeriums, Robert Habeck, diese tolle Möglichkeit für Schüler nicht erkennen möchte und trotz mehrfacher Gesprächsversuche meinerseits die Schülermesse nicht – wie in den vergangenen Jahren durch sämtliche vorangegangene Wirtschaftsminister geschehen – unterstützt, ist da nur noch ein kleiner Wehrmutstropfen.

Heute startet der Bundestag in die parlamentarische Sommerpause, eine Zeit, die ich wieder mehr mit meiner Familie verbringen kann und in der es auch mal Gelegenheit gibt, sich über neue anstehende Themen Gedanken zu machen. In diesem Sinne wünsche ich Euch und Ihnen einen tollen Sommer und allen Schülerinnen und Schülern entspannte Ferien!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE



Austausch mit Mitgliedern des türkischen Petitionsausschusses

Am Donnerstag habe ich mich mit einer Delegation von Mitgliedern des türkischen Petitionsausschusses getroffen, um uns über die gegenseitige Arbeit auszutauschen. Das Petitionsrecht hat in unserem Land eine besondere Bedeutung, denn es ist ein großartiges demokratisches Mittel, über das die Bürgerinnen und Bürger eine direkte Möglichkeit haben, gute Ideen zur Gesetzgebung einzubringen.

Zur Türkei pflegt Deutschland seit vielen Jahren eine besonders enge Beziehung. Viele Menschen verbindet eine familiäre oder berufliche Beziehung zu beiden Ländern. Zudem sind die Strukturen in der Verwaltung häufig näher beieinander, als man denkt. In Deutschland leben rund 3,5 Millionen türkischstämmige Menschen. Aus diesem Grund ist uns ein guter und regelmäßiger Austausch untereinander besonders wichtig.

Im Gespräch haben wir uns neben den Gemeinsamkeiten und Unterschieden im jeweiligen Petitionswesen unserer Länder

vor allem über aktuelle Themen ausgetauscht. Die türkischen Abgeordneten haben ihre Reisezeit auch dazu genutzt, um sich mit türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern über deren Anliegen und Probleme zu unterhalten, um besser auf mögliche Verbesserungen eingehen zu können.

Das Petitionsrecht ist in unserem Deutschen Grundgesetz in Artikel 17 geregelt und besagt, dass sich Jedermann mit Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag wenden kann. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass dieser wertvolle Austausch zustande kam, denn so kann man betroffenen am besten helfen. Ich empfehle jedem, sich mit Themen, die einem unter den Nägeln brennen an den Petitionsausschuss zu wenden – hier kann man nicht nur als Gemeinschaft, sondern auch als Einzelner etwas bewegen und verändern.

THEMEN DER WOCHE

Energieversorgung und -sicherheit

Viele Menschen fürchten derzeit den kommenden Herbst und insbesondere Winter. Neben der Belastung durch die allgemeine Inflation, treten auch noch Preissteigerungen bei der Energieversorgung hinzu. Dazu haben wir einen verantwortlichen Minister der damit angibt, demnächst kalt zu duschen, um Energie zu sparen. Eine wirklich kalte Dusche werden wir alle erfahren, wenn die Energiesicherheit tatsächlich zusammen bricht. Wenn nicht nur die Duschen, sondern auch die Wohnungen kalt bleiben. Das Versprechen eines Mindestwohlstandes, zu dem auch ausreichend Energie zählt, ist eines der zentralen Versprechen unserer Demokratie an die Bürger.

Dass dies eingehalten wird, muss die vorrangige Aufgabe sein – auch um demokratiefeindlichen Kräften keinen Vorschub zu gewähren. Die bislang durch die Mehrheit aus SPD, Grüne und FDP verabschiedeten Gesetze vermögen dies in jedem Fall nicht.

Osterpaket Erst im Sommer und ungenügend

In abschließender zweiter und dritter Lesung wurde im Plenum das „Osterpaket“ der Bundesregierung zum Ausbau erneuerbarer Energien beraten. Dazu gehören das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor, das Zweite Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes, das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land sowie das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung. Mit diesem Paket will die Ampel die Grundlagen für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien bereiten. Bereits im Jahr 2030 sollen mindestens 80 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Im Jahr 2035 soll die Stromversorgung nach dem Gesetzentwurf fast vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Wir unterstützen das Ziel der Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 und werden die Umsetzung dieses Gesetzespakets in diesem Sinne kritisch begleiten. Neben einigen Schwächen und Problemen, wie der Einschränkung der kommunalen Planungshoheit, sind die Gesetz vor allem nicht geeignet, auf die aktuelle Situation schnell und angemessen zu reagieren. Insbesondere der zentrale Wärmemarkt, wird hierdurch ungenügend erfasst.

Mögliche Abschaltung von Gaskraftwerken ohne ausreichende Alternativen

Ebenfalls abschließend wurde das Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften beraten. Ziel des Gesetzeswurfs ist es, dem Strommarkt für einen befristeten Zeitraum zusätzliche Kapazitäten zur Stromerzeugung mit den Energieträgern Stein- und Braunkohle sowie Mineralöl zur Verfügung zu stellen. Dazu sollen Kraftwerke genutzt werden, die gegenwärtig nur eingeschränkt verfügbar sind, demnächst stillgelegt würden oder sich in einer Reserve befinden. Wir sehen dieses Gesetz kritisch. So bleibt zunächst fraglich, ob so ein unverzüglicher Stopp der Gasverstromung zu verlässig gewährleistet werden kann – eine Forderung, die wir seit über drei Monaten stellen. Zudem hinterfragen wir die einseitige Ausrichtung des Gesetzes auf Kohle. Zuletzt muss auch bedacht werden, dass die Gaskraftwerke nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Verhinderung langer Blackouts spielen, die gerade infolge des Ausbaus von erneuerbaren Energien eher zu- als abgenommen hat.

Regierung hat Haushalt nicht im Griff

Als wäre die derzeitige Situation um die Energieversorgung nicht bedenklich genug, verschärft die Ampel-Regierung dies

auch durch haushälterisches Missmanagement. Die Inflation bewegt sich trotz der Ampel-Entlastungspakete weiterhin auf Rekordniveau. Der im Kabinett beschlossene Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023 macht die Finanzzwänge des Bundes deutlich: Zwar will Minister Lindner die Schuldenbremse ab 2023 wieder einhalten. Die Kreditobergrenze wird mit einer Nettokreditaufnahme von 17,2 Mrd. Euro gleichwohl vollständig ausgeschöpft, zudem werden Rücklagen angegriffen. Gleichzeitig bereitet die Ampel schon den nächsten Schritt vor und betont, wie unsicher die zugrundeliegenden Prognosen seien. Manche Vertreter der Koalition stellen die Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 gar offen in Frage. Die herausfordernde Lage bedarf einer echten Kraftanstrengung. Wir brauchen Lösungen statt ergebnisloser Gesprächsrunden. Klarheit, Ernsthaftigkeit und Zielgenauigkeit ist das Gebot der Stunde. Dem wird weder der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023 noch die erste Gesprächsrunde der „Konzertierten Aktion“ gerecht. Der angekündigte große Wurf gegen die Inflation wird zum Rohrkrepiere. Die Bundesregierung muss endlich einen umfassenden und über den Tag hinausgehenden Plan vorlegen, wie sie der aktuellen Situation Herr werden will. Auch muss sie erklären, auf welche Vereinbarungen aus ihrem – von der Realität überholten – Koalitionsvertrag sie verzichten will. Dem Wort der „Zeitenwende“ müssen auch im Bundeshaushalt Taten folgen.

Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors

Die vergangene Woche war geprägt vom Koalitionsstreit um den EU-Beschluss zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035. Auch nach der Entscheidung in Brüssel gibt weiterhin mehr offene Fragen als Antworten. So gibt es nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen diese Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ferner ist derzeit noch nicht recht nachvollziehbar, wie die Europäische Kommission ihren „Prüfauftrag“ umsetzen wird, der lediglich in den Erwägungsgründen des Rechtsaktes zum Verbrennerverbot fixiert ist. Der diese Woche ins Plenum des Deutschen Bundestags eingebrachte Antrag der Union greift dies auf und konkretisiert in zehn Forderungen unser Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen. Der von manchen Grünen erträumten Abschaffung des Verbrenners per Gesetz stehen wir daher kritisch gegenüber.

Regierungsbefragung Lambrecht Einfaches Unwissen oder bewusste Unwahrheit?

In der letzten Sitzungswoche hatte sich Christine Lambrecht den kritischen Fragen der Abgeordneten stellen müssen. Neben ausweichenden gab es dort erwartungsgemäß auch fachlich fragwürdige Antworten. So antwortete sie damals bezüglich der Lieferung der Gepard-Flugabwehrkanonenpanzer an die Ukraine: „Der Gepard ist zum Beispiel dafür da, auch kritische Infrastruktur zu schützen, indem er mit dem Rohr in die Luft schießt. [...] Den Gepard stellt man nicht auf Dauerfeuer. Nein das macht man nicht.“ Der Videoausschnitt und ein entsprechender Aufnahmehörer grassieren mittlerweile in der Bundeswehr. Damit dürfte die bereits wackelige Achtung der Truppe vor der Verteidigungsminister einen weiteren Schlag erfahren haben. Schwergewichtig ist jedoch, dass Lambrecht bei der Befragung offensichtlich eine unwahre Antwort gegeben hatte. So behauptete sie, dass Anträge auf Rüstungsexporte für die Ukraine im Bundessicherheitsrat entschieden würden. Diese Entscheidungen werden aber derzeit – unter Umgehung der Kontroll- und Informationsrechte des Bundestages – regelmäßig auf Leistungsebene vom Bundeskanzleramt und Bundessicherheitsrat-Ressorts getroffen. Ob bewusst oder unbewusst hinterlässt dies im Rahmen der mittlerweile vielfältigen Fehler von Verteidigungsministerin Lambrecht einen schalen Nachgeschmack.

WAHLKREIS AKTUELL



Berufsschüler aus Osterholz-Scharmbeck schauen Andreas Mattfeldt über die Schulter

Rund 30 Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule Osterholz-Scharmbeck waren am vergangenen Dienstag meine Einladung nachgekommen und informierten mich in Berlin über den Bundestag und seine Arbeitsweise. Die Schüler wurden natürlich persönlich in Empfang genommen, um den ein

oder anderen Blick in die Arbeitsweise des Deutschen Bundestags werfen zu können. Zunächst gab es eine einführende Diskussionsrunde, in der aktuelle Themen auf den Tisch kamen. Bei der anschließenden Führung wurden dann die letzten Fragen rund um den Deutschen Bundestag beantwortet. Mir war es dabei ein besonderes Anliegen die Schüler dafür zu ermuntern, sich selbst kommunalpolitisch zu engagieren, um Veränderungen in der Heimatregion bewirken zu können.

diesem Jahr erstmals viel mehr Schülerinnen und Schüler von mir die Gelegenheit erhalten, kostenlos Europas größtes Jugend-Event für Naturwissenschaften und Technik mit mehr als 650 Mitmach-Exponaten, rund 700 Workshops und vielen Internet- und YouTube-Stars zu erleben. Ich bin begeistert, dass insgesamt 350 Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht haben.

Die IdeenExpo findet noch bis Sonntag, 10. Juli, auf dem Messegelände in Hannover statt. Unter dem Motto „Mach doch einfach“ können Schülerinnen und Schüler aus Mittel- und Oberstufe in die faszinierenden Welten der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) eintauchen, technische Zusammenhänge im wahren Sinn des Wortes ‚begreifen‘, Vieles selber ausprobieren und in die Anwendung verstehen.

Gleichzeitig erhalten die jungen Besucherinnen und Besucher Berufs- und Studieninformationen auf Augenhöhe von Auszubildenden und Studierenden der ausstellenden Institutionen und Firmen. Die große Anzahl von 250 Ausstellern garantiert eine Informationsvielfalt über Ausbildungsmöglichkeiten und Studiengänge im MINT-Bereich.



Schüler aus Osterholz und Verden besuchen die IdeenExpo

Seit vielen Jahren unterstütze ich die IdeenExpo auf dem Messegelände in Hannover. Es ist mir wichtig, unsere jungen Menschen an die spannenden Bereiche, die Forschung und die Wissenschaften heranzuführen und ihnen damit die Chance zu geben, herauszufinden, was ihnen später einmal auch im Beruf Spaß machen könnte.

Gemeinsam mit dem Veranstalter der IdeenExpo haben in